Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

... Landtag des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

[Oldenburg], [1990?]

Anlage 2

urn:nbn:de:gbv:45:1-142714

Visual Library

Abschrift!

Anlage 2.

Die kurze Anfrage des Abg. Müller wird wie folgt beantwortet:

Die Gemeinde Apen ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten, die zu beseitigen Gemeinderat und Aufsichtsbehörde gemeinsam bemüht sind. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass der zeitige Gemeindevorsteher für die Entwicklung mit verantwortlich ist und hat beschlossen, seine Dienstentlassung zu beantragen. Der Gemeindevorsteher bestreitet jedes Verschulden. Die Disziplinarermittlungen sind noch im Gange. Solange das Verfahren schwebt und noch nicht abgeschlossen ist, kann das Staatsministerium keine Auskunft darüber geben, ob der Gemeindevorsteher zur Rechenschaft gezogen und für entstandeden Schaden verantwortlich gemacht werden kann.

Oldenburg, den 30.Juni 1931. 7

Der Regierungsvertreter:

E i l e r s .

An

den Landtag des Freistaats

Oldenburg i/O.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Dr. Osterloh : Meine Herre n ! In der letzten Plenarsitzung bin ich nicht zu Wort gekommen bei der Beratung des letzten Punktes der Tagesordnung, Neuwahl des Ministeriums. Die deutschnationale Fraktion kann aber auch angesichts des gegenwärtigen Antrags (Zurufe : Das ist keine Geschäftsordnungssache.) - Jawohl, ich spreche zu diesem vorliegenden Antrag - nicht darauf verzichten, sich zur Frage der Neubildung der Regierung hier zu äussern. (Wiederholte Zurufe : Das ist nicht zur Geschäftsordnung.) Es ist mehrfach betont worden, dass die Parteien, die die Regierung gestürzt haben, auch die Verpflichtung haben, eine neue Regierung zu bilden. Diesen Standpunkt haben wir von jeher vertreten und vertreten ihn heute noch. Wir haben dem Sturze des Ministeriums ausdrücklich zugestimmt. (Glocke des Präsidenten. Präs.: Herr Dr. Osterloh, ich glaube, das gehört nicht zur Geschäftsordnung.) Ich wollte beantragen, dass dieser Punkt der Tagesordnung bis heute Nachmittag ausgesetzt wird und dass wir zunächst noch einmal zur Frage der Neubildung der Regierung Stellung nehmen. (Andauernde Unruhe.) Ich muss das einfach, weil mir das letzte Mal das Wort abgeschnitten worden ist. Wir sind durchaus der Auffassung, dass die Rechte, die das alte Ministerium gestürzt hat, zur Neuwahl eines Ministeriums berufen ist. Wir sind auch der Auffassung, dass auch diejenigen Parteien, die den Sturz der Regierung herbeigeführt haben, an der Neubildung einer Regierung mitzuarbeiten haben. Es ist auch nicht so, meine Herren, dass nicht einmal der Versuch einer Neubildung der Regierung gemacht worden wäre. Wir haben eine ganze Reihe von Versuchen gemacht, haben aussichtsreiche Versuche gemacht. (Zurufe : Zur Geschäftsordnung.) Herr Abg. Ehlermann hat gesagt, dass wir den Versuch nicht gemacht hätten. (Glocke des Präsidenten. Präs.: Herr Dr. Osterloh, das gehört nicht zur Geschäftsordnung.) Wir sind noch jetzt bereit einen Versuch zu machen. Ich beantrage deshalb, diesen Antrag auf Auflösung des Landtags vorläufig abzusetzen und in kürzester Frist, meinetwegen in einer Stunde oder heute Nachmittag, eine neue Sitzung einzuberufen mit der Tagesordnung: Neubildung des Ministeriums.

Landesbibliothek Oldenburg

6/3

Präs.: Es ist ~~der Antrag~~ von Herrn Abg. Osterloh der Antrag gestellt, diesen Punkt vorläufig abzusetzen und eine neue Sitzung heute Nachmittag oder in einer Stunde anzusetzen. Wird der Antrag unterstützt ? Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben (geschieht). Der Antrag wird genügend unterstützt. Wer dafür ist, dass dieser Punkt um eine Stunde vertagt wird, den bitte ich, sich zu erheben. (geschieht). ~~Das ist~~ Der Antrag abgelehnt. Dann gebe ich Herrn Abg. Röver das Wort.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Röver : Meine Herren ! Ich möchte eine Erklärung abgeben; ich werde sie dem Präsidenten überreichen, bitte aber, sie zunächst verlesen zu dürfen :

Erklärung der Nationalsozialisten zum Antrag auf Auflösung des Landtages.

Wir Nationalsozialisten stehen seit Beginn unserer Bewegung im schärfsten Kampf um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Freiheit unseres geknechteten und bis zum Weissbluten ausgeplünderten Volkes aller Schichten und Stände. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit, inner- und ausserparlamentarisch, haben wir unser Volk gewarnt, seine Lebensrechte zu veräussern. Mit Recht haben wir seit Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass die Verzicht- und Erfüllungspolitik „um jeden Preis" nur auf Kosten der schaffenden Deutschen geht und der restlose Untergang des Volkes im Bolschewismus die zwangsläufige Folge sein muss. Die Entwicklung der letzten sieben Jahre hat uns nicht nur in vollem Umfange recht gegeben, sondern unsere Befürchtungen in jeder Beziehung sogar noch übertroffen.

Freiheit und Brot unseres Volkes zu schaffen und zu erhalten, war uns oberstes Gesetz. Von der Einstellung der Regierungen in Reich und Ländern als auch der Parteien zu diesem unserem unabänderlichen Grundsatz haben wir unsere Stellungnahme stets abhängig gemacht.

Das parlamentarisch - demokratische System des 9. November 1918 offenbart sich in diesem Hause in seiner ganzen Unfähigkeit, Sinnlosigkeit und Erbärmlichkeit. Das deutsche Volk ist an den Bettelstab gebracht. Wir erachten es deshalb als unsere Pflicht, unserm Volk gegenüber mit allen Mitteln, die uns die Verfassung in die Hand gegeben, für eine grundsätzliche Änderung des jetzigen Zustandes zu kämpfen. Diesen Kampf haben wir sowohl im Reichs- als auch in den Länderparlamenten gleichzeitig aufgenommen. Wir haben das Beamtenministerium v.Finck bei der Annahme der volksmordenden Younggesetze auf die ungeheure Gefahr hingewiesen. Die Oldenburgische Staatsregierung hat trotzdem zugestimmt. Die geradezu verheerenden Folgen sehen wir heute in

der

Landesbibliothek Oldenburg

der Notverordnungspolitik der Regierung Brüning, die unter Ausschaltung des Parlaments unseren Volke immer neue untragbare Lasten auferlegte. Lasten, die die güterererzeugende Wirtschaft zerschlugen und unserem Volke die Kaufkraft nahmen. Der letzte oldenburgische Landtagswahlkampf stand mehr als bisher im Zeichen dieser Notverordnungspolitik als Folge der Tributpolitik überhaupt.

Als die erste Pflicht einer von uns unterstützten Staatsregierung erachteten wir es deshalb für notwendig, dass sie im Rahmen der herrschenden Gesetze im Reichsrat sowohl als auch bei jeder anderen sich bietenden Gelegenheit der Reichsregierung bei ihrer Erfüllungspolitik die Gefolgschaft versagt. Solange das Ministerium Cassebohm diesen Weg gehen würde, konnten wir es unterstützen. Da uns die Stellungnahme des Ministeriums Cassebohm nicht bekannt war, nahmen wir eine abwartende Haltung ein und übten gegenüber der Regierung Cassebohm Duldung. Um die Regierung jedoch zu einer klaren und entschiedenen Stellungnahme zu zwingen, stellten wir unseren Grundsätzen entsprechend die Anfrage : „ Wie steht die Staatsregierung zur Notverordnung ? " Die Antwort der Staatsregierung war nicht etwa unklar oder vielleicht dehnbar, sondern eine absolut einseitige Stellungnahme zugunsten der Notverordnungs- und damit zur Sanierungs- und Tributpolitik der Regierung Brüning. Wir aber wollen Männer als Führer, die von sich aus kraftvoll gegen die heutige Unterwerfungspolitik ankämpfen. Die Richtigkeit unseres Handelns, der Regierung das Vertrauen zu versagen, wurde dadurch bestätigt, dass nur vier Abgeordnete der Regierung das Vertrauen aussprachen.

Unser Misstrauensantrag war daher zwangsläufig. Im Falle unserer weiteren Duldung hätten wir Nationalsozialisten uns mitschuldig gemacht an der weiter steigenden Verelendung unseres aus tausend Wunden blutenden Volkes. Damit hätten wir uns allerdings auch selbst aufgegeben.

Wir Nationalsozialisten waren uns von vornherein darüber klar, dass eine Regierungsbildung ohne Zentrum unmöglich war.

Anderer-

Landesbibliothek Oldenburg

Andererseits aber auch denken wir nicht daran, unsere Grundsätze aufzugeben, um mit dem Zentrum zusammenzugehen, bezw. eine Regierung zu belassen, um nur eine Regierung zu haben. Es ist in diesem Falle ja auch völlig gleichgültig, ob ein Geschäftsministerium oder ein Ministerium mit wechselnden Mehrheiten die Geschäfte des Landes besorgt. Weil wir ferner wissen, dass dieser Landtag unfähig ist, erspriessliche Arbeit für das Wohl des Volkes zu leisten, müssen wir Nationalsozialisten es auf das schärfste zurückweisen, uns für die irrsinnigen Auswüchse des parlamentarisch - demokratischen Systems, das SPD. und Zentrum geschaffen haben, verantwortlich zu machen. Wir müssen es ferner zurückweisen, dass uns der Vorwurf eines unverantwortlichen Handelns gemacht wird, weil wir jetzt keine Vorschläge zur Regierungsneubildung machen. Genau so wenig, wie Sozialdemokraten und Zentrum eine nationalsozialistische Regierung dulden würden, genau so wenig dulden die Nationalsozialisten eine schwarz-rote Regierung.

Zwar erklärte das Zentrum im Wahlkampf im Lande Oldenburg, nicht mit der Sozialdemokratie paktieren zu wollen. Aber das ist ja nur Taktik. Statt die gottlossen Marxisten zu bekämpfen, wie das Zentrum es als Partei, die vorgibt, den Religionsschutz gepächtet zu haben, es tun müsste, paktiert es im Reich, in Preussen, Baden usw. mit ihnen und terrorisiert, wo es kann, die deutsche Freiheitsbewegung. Auch in unserem Oldenburger Lande haben wir feststellen müssen, dass das Zentrum während des Wahlkampfes seine einzige Aufgabe darin sah, mit den gemeinsten und widerlichsten Mitteln nur gegen die Nationalsozialisten zu kämpfen. Im übrigen sieht das Zentrum im ganzen Reiche mit ruhigem Gewissen zu, wie Rotmord und Reichsbanner die Nationalsozialisten niederschlagen und morden. (Widerspruch links und in der Mitte.) Wir können den Versuch des Zentrums, durch seine Parteibischöfe den tatsächlichen Bekämpfern der gottlosen Marxisten in den Rücken zu fallen, nur als Dolchstossarbeit am christlichen nationalen Deutschland bezeichnen. (Laute Pfuirufe in der Mitte.) Wir wissen, dass das Zentrum in Oldenburg seine jetzige Stellung zum Marxismus so-

Landesbibliothek Oldenburg

sofort aufgeben würde, wenn es mit der Sozialdemokratie eine gemeinsame Regierung bilden könnte. In dem Augenblick wäre beim Zentrum die Religion nicht mehr in Gefahr, und man würde mit dem grössten Kirchenfeinde, wie überall sonst, auch hier gemeinsame Sache machen.

Die angegebenen Tatsachen werden zur Genüge dargetan haben, dass für uns Nationalsozialisten eine Regierungsbildung mit dem Zentrum nicht möglich ist und somit eine dem nationalen Willen des Volkes entsprechende Regierung nicht geschaffen werden kann. Auch der Stahlhelm-Aufruf in den „Nachrichten" kann an dieser einfachen Tatsache nicht vorübergehen. Das Zentrum würde, wenn es sich nur machen liesse, selbst mit dem Teufel paktieren. (Lachen links und in der Mitte.)

Präs.: Wünscht sonst noch jemand das Wort ? Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Abg. Frerichs : Meine Herren ! Ich habe hier namens meiner Fraktion die Erklärung abzugeben, dass wir den Auflösungsantrag ablehnen. Wir haben keinerlei Ursache, irgendwie den Nationalsozialisten bei der bisher von ihnen verfolgten Taktik und Politik Gefolgschaft zu leisten. Wir wissen slbst, wie wir uns in der gegebenen Situation zu verhalten haben. Daran ändern auch die langatmigen Erklärungen, die hier von seiten der Nationalsozialisten abgegeben werden, garnichts.

Drei Worte habe ich mir allerdings gemerkt aus den Ausführungen des Herrn Abg. Röver : Unfähigkeit, Sinnlosigkeit, Erbärmlichkeit! Meine Herren ! Ich glaube, jeder Mensch, der noch über einigermassen Urteil verfügt, wird diese drei Worte hier in diesem Hause richtig anzuwenden wissen, nämlich auf das Verhalten der Vertreter der nationalsozialistischen Partei : Sinnlosigkeit, Unfähigkeit, Erbärmlichkeit. (Abg. Röver ruft : Billiger Ruhm !)

Präs.: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Osterloh.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Dr. Osterloh : Meine Herren ! Ich hoffe, dass ich jetzt endlich hier zu Worte kommen kann. (Lachen links.) Es scheint das der Mehrheit des Hauses nicht zu gefallen, wenn ich auch einmal hier stehe und Ihnen meine Meinung sage. In der letzten Sitzung ist mir das Wort nicht mehr erteilt worden, obwohl ich häufiger darum gebeten hatte, und vorhin haben Sie nicht hören wollen, was ich zu sagen hatte.

Wir wollen eine Regierung der nationalen Opposition, und wir haben dafür Vorschläge zu machen. Wir wollten auch ein reines Beamtenministerium haben. Dieser Weg wurde zuerst beschritten, und ich muss noch einmal Herrn Ehlermann apostrophieren, der in der letzten Sitzung in Bezug auf mich uns hier Verantwortungslosigkeit vorgeworfen hat. (Zurufe von links : Das ist kein Vorschlag.) Herr Ehlermann weiss, dass wir Vorschläge gemacht haben. (Abg. Ehlermann : Wo ?) (Abg. Kapfer ruft : Im Pschor.) (Heiterkeit)Gerade Herr Ehlermann sollte das am allerbesten wissen, weil er selber an den Besprechungen teilgenommen hat, und ich muss Ihnen sagen, wenn Sie zu ihrer ersten Erklärung gestanden hätten, dass Sie an der Bildung eines reinen Beamtenministeriums mitzuhelfen bereit seien, dann hätten wir heute ein Ministerium. Sie haben nachher an dieser zuerst abgegebenen Erklärung sich nicht mehr halten mögen.

Wir haben auch zur Bildung eines politischen Ministeriums an sich Vorschläge. Wir wollten selbstverständlich den Nationalsozialisten als der weitaus grössten Fraktion den Vortritt lassen. Wenn diese ablehnen, Vorschläge zu machen, ~~lehnen auch~~ wir selbstverständlich die Verpflichtung ~~ab~~ für uns auf. Sie haben es abgelehnt, uns auf diesem Wege zu folgen; Sie wollen nicht die Möglichkeit geben für die Bildung eines Ministeriums. Dann haben die Nationalsozailisten recht, es bleibt nichts anderes übrig als Landtagsauflösung. (Grosse Unruhe links und in der Mitte.)

Präs.: Das Wort hat Herr Abg. Hartong.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Hartong : Meine Herren ! Wir werden gegen die Auflösung des Landtags stimmen. Wir halten es im Interesse des Landes nicht für möglich, dass dauernd das Land durch Wahlkämpfe ~~gezogen~~ beunruhigt wird. (Zurufe von rechts : Ihr würdet nicht wieder dran kommen.) Ich lege auch den Ausfall der Landtagswahlen nicht so aus, dass die Mehrheit der Bevölkerung dem jetzigen Ministerium gegenüber Misstrauen hegt und bin der Auffassung, dass ein sachlicher Grund zu dem Misstrauensvotum nicht vorlag. (Sehr richtig! in der Mitte.) Die Regierung hat eine neutrale, objektive Stellungnahme gegenüber einer Reichsfrage bekundet. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass seitens der Nationalsozialisten die Volksversammlung - ich glaube im Ziegelhof - schon einberufen war, ehe das Ministerium überhaupt seine Antwort erteilt hatte. (Hört ! Hört ! links.) Ich glaube, daraus den Schluss schliessen zu dürfen, dass das Misstrauensvotum nicht persönlich, sondern nur konstruktiv war.

Es ist durchweg Gepflogenheit der Parlamente - und wenn man auf diese Gepflogenheit keinen Wert legen will: es ist ~~auch~~ jedoch vernünftiger Brauch der Auffassung - dass derjenige, der eine Regierung stürzt, auch ernstliche Versuche machen muss, eine neue Regierung zu bilden, wenn man nicht soweit gehen will, wie ich es tue, zu sagen, dass man die Pflicht hat, vorher eine neue Regierung gebildet zu haben, ehe man es verantworten kann, eine bestehende Regierung, die, wie ~~bereits~~ allerseits anerkannt wird, objektiv ihre Pflicht getan hat, zu stürzen. (Abg.Herzog ruft : Von der Volkspartei anerkannt.) Auch von der Bevölkerung, Herr Herzog. Dieser Grundsatz ist von den Nationalsozialisten nicht befolgt worden. Es ist das Gegenteil gemacht, und es ist m.E. nicht zu rechtfertigen, nun dem übrigen Teil des Landtages die Vorwürfe zu machen, die ~~man sich~~ diejenigen, die die Regierung stürzen für das, was kommt, selber machen müssen.

Präs.: Das Wort hat Herr Abg. Wagner.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Wagner : Meine Herren ! Die Stellungnahme der kommunistischen Vertretung zum Landtag und Parlament überhaupt ist bekannt. Auch in dieser kurzen Periode des neuen Landtages hat sich bewiesen, dass die Interessenvertretung der werktätigen und ausgebeuteten Schichten des Volkes in keiner Weise von diesen politischen Parteien wahrgenommen werden kann. Kein einziger Antrag, der nach dieser Richtung hinzielte, wurde angenommen. Zum Teil waren es nur kleine Anträge, die keine besondere praktische Aussirkung haben konnten. Es bewahrheitet sich das, dass die Lebensfragen aller werktätigen Schichten nicht parlamentarisch, sondern nur ausserparlamentarisch geregelt werden können.

Wenn hier die Nationalsozialisten in ihrer Erklärung wieder von Auswüchsen usw. sprechen, so ist das wieder eine Demagogie ohnegleichen; denn es gibt eine ganze Menge von Beweisen, auch gerichtsnotorischen Beweisen, dass die Nationalsozialisten das sind, was sie den andern immer vorwerfen wollen. Ich weise so etwas entschieden zurück und bin hier in der Lage, sofort dem Hause vorzulegen die Mordwerkzeuge, mit denen sie politisch Andersdenkenden die Segnungen des dritten Reichs beibringen wollen.

Wir betrachten die Wahlkampagne als eine Möglichkeit, an die Massen heranzukommen, den Massen zu sagen, dass sie keine Hoffnung auf parlamentarische Lösung der Fragen zu setzen haben, sondern sich organisieren müssen, einreihen müssen in die Front derjenigen, die zu den ausgebeuteten Schichten gehören, gemeinschaftlich mit ihnen gehen müssen, um dann diese Fragen lösen zu können. Deswegen werden wir unter Berücksichtigung dieser Erkenntnis dem Antrag der Nationalsozialisten zustimmen, weil wir wieder eine neue Gelegenheit haben dann, an die Massen heranzukommen. (Abg. Burgert :ruft : Ihr habt Euch glücklich wieder gefunden.) (Zwischenruf Abg. Böhmcker : Bei der Olympiade habt Ihr Euch gefunden.)

Präs.: Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Wempe : Meine Herren ! Der letzte Satz des Herrn Abg. Wagner zeigt uns, dass im tiefsten Grunde die äusserste Rechte und die äusserste Linke eines Sinnes und einer politischen Anschauung sind. (Lachen rechts.)

Was die sogenannte Erklärung des Abg. Röver angeht, so hiesse es nach meiner Meinung diesen öden Schimpfereien zu-viel Ehre antun, wenn man sachlich darauf einginge. Eines allerdings ergibt sich für uns daraus, nämlich die ohnmächtige Wut darüber, dass der mit soviel Tamtam angekündigte Eroberungsfeldzug ins Münsterland so kläglich gescheitert ist. (Lachen rechts.) Auf den Auflösungsantrag seines Freundes Böhmcker ist Herr Röver in seiner langatmigen Erklärung , soweit ich es gehört habe, mit keinem Worte eingegangen. (Abg. Röver ruft : Begriffs-stutzig !) Vielleicht von seinem Standpunkt aus mit Recht, Aber auch hier zeigen die Ausführungen über die Vorkommnisse, die zu dem Auflösungsantrag geführt haben, wie tief die Herren Nationalsozialisten trotz ihres grossen Geschreis die Niederlage fühlen, die sie sich hier im Landtag in allerkürzester Zeit selbst bereitet haben.(Widerspruch rechts.) Sie haben mit einem grossen Aufwand an Lungenkraft konstatiert, das der jetzige Landtag unfähig sei, sie haben der Regierung wegen ihrer „unnationalen" Haltung das Misstrauen ausgesprochen im trauten Verein mit ihren Freunden von der deutschnationalen Fraktion und erklären dann, neue Vorschläge können sie nicht machen. Meine Auffassung über dieseTaktik habe ich bereits zum Ausdruck gebracht.

Neu ist mir allerdings die Offenbarung, die uns heute Herr Osterloh gibt, dass doch sehr intensive Bestrebungen stattgefunden haben, eine neue Regierung zu bilden. Ich muss also annehmen, dass alle diese Bestrebungen schon in ihren ersten Keimen, an ihrer eigenen Unlogik zu Grunde gegangen sind. (Zuruf Abg. Dr. Osterloh : Sind an Herrn Ehlermann geshheitert.) (Abg. Ehlermann lacht.) ~~Dann~~ Gehört denn Herr Ehlermann zur nationalen Opposition? (Lachen rechts.) (Abg. Herzog ruft : Das hat Ihnen wohl leid getan, dass das Zentrum nicht darum gefragt wurde.) Meine Herren ! Ich konstatiere, dass auch ebenso

Landesbibliothek Oldenburg

ebenso wieder die Rede davon gewesen ist, es müsste nach dem Ausfall der Wahl eine Regierung der nationalen Opposition gebildet werden, einerlei, ob als rein parlamentarisches oder als Beamtenministerium; denn neulich sollte das Beamtenministerium den Charakter der nationalen Opposition widerspiegeln. (Abg. Dr. Osterloh : Nein, es soll nur rein sein, es soll kein Zentrumsmann darin sein.) (Aha !-Rufe links. Unruhe. Abg. Burgert zum Abg. Osterloh : Ein Glück, dass nicht alle Lehrer so sind wie Sie.) Ich danke Herrn Abg. Osterloh für dieses Bekenntnis einer schönen Seele . . (Glocke des Präsidenten. Präs.: Herr Osterloh, ich bitte, Herrn Wempe weiterreden zu lassen.) Meine Herren ! Der heutige Vorstoss des Abg. Dr. Osterloh ist offenbar eine Folge der Entschliessung des Stahlhelms, die uns ja durch die gestrigen Zeitungen bekannt geworden ist. Diese Entschliessung ist allerdings in manchen Punkten interessant; denn hier wird klipp und klar eine Regierung der nationalen Parteien verlangt. (Zuruf Abg. Brendebach : Der sogenannten nationalen Parteien.) National ist immer in Anführungszeichen zu denken. (Abg. Herzog : Bei Ihnen.) Die Erklärung des Stahlhelms ist allerdings vorsichtig abgefasst, indem es dort heisst, es sei von einem ernstlichen Versuch nichts bekannt geworden, anstelle der von den Parteien des Landtags gestürzten Regierung Cassebohm ein Ministerium zu setzen, dass der Grundauffassung des nationalen Volskteils entspricht. Das widerspricht ein wenig dem, was Herr Dr. Osterloh hier eben gesagt hat, der von vielen und intensiven Bemühungen gesprochen hat. Und dann ist noch interessant, dass es heisst, die Regierung sei von den Parteien des Landtages gestürzt. Hier wird schamhafterweise das Wort „national" wieder ausgelassen. (Abg. Bunnemann ruft : Ihr habt indirekt mitgeholfen.). Ich stelle noch einmal fest, Herr Bunnemann und seine Freunde bringen einen Misstrauensantrag gegen die Staatsregierung ein in der Erwartung, dass diejenigen Parteien . . . (Lebhafte Zwischenrufe rechts.) (Glocke des Präsidenten. Präs.: Herr Abg. Bunnemann, ich bitte Sie, die vielen Zwischenrufe zu unterlassen.) . . . in der Erwartung, dass diejenigen Parteien, die etwas mehr sachliches Verantwortungsbewusst-

Landesbibliothek Oldenburg

bewusstsein haben, diesen Antrag ablehnen und ihnen auf diese Weise eine hemmungslose Agitation ermöglichen würden. Dass man daraus eine Mitschuld des Zentrums am Sturz der Regierung konstruiert, ist wirklich naiv und scherzhaft. (Abg. Bunnemann : Bei Ihnen vielleicht, bei uns aber nicht.)

Im übrigen nehmen wir es mit Gelassenheit zur Kenntnis, dass der Führer der nationalsozialistischen Fraktion erklärt, es fiele ihnen garnicht ein, mit dem Zentrum irgendeine Regierung zu bilden.

Präs.: Das Wort hat Herr Abg. Müller.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Müller : Meine Herren ! Wenn noch etwas notwendig war, um das Parlament zu diskreditieren in den Augen der Bevölkerung, dann müsste dies heute morgen wieder genügen. Das ist wiederum Theater, ~~und~~ in den 14 Tagen, wo der Landtag hier gesessen hat, da hat diese Partei, die Nationalsozialisten, die draussen dem Volke Berge versprochen haben, wenn wir erst im Landtag sind, wird etwas anderes gemacht, sich ausserordentlich blamiert und ist in eine Sackgasse geraten, aus der sie nicht herauskommen kann. Aber nun muss Herr Osterloh auf Kommando des Stahlhelms versuchen, ~~noch etwas~~ so zu retten, was noch zu retten ist, (Heiterkeit.) ~~auf Kommando des Stahlhelms~~. Und dieselben Parteien, die sich hier zanken vor der Öffentlichkeit, sind sich in Wirklichkeit ganz einig. ob ein Ministerium Cassebohm dort sitzt, ob v.Finck, ob Driver dort gesessen haben oder ob vielleicht Herr Osterloh kommt oder sonst einer, da wird nichts geändert werden. (Zuruf von rechts : Aber wenn Müller kommt.) Alle die Männer, die dort bisher gesessen haben, haben treu und brav die Interessen der Kapitalisten vertreten und der besitzenden Schichten der Bevölkerung des Oldenburger Landes. Alles das, was im Interesse der Arbeiter, im Interesse der Arbeitslosen gelegen ist, auf dem Lande und in der Stadt, hat das Ministerium abgelehnt, wie es der Landtag auch immer abgelehnt hat. Alle unsere Anträge, die wir gestellt haben im Laufe der Jahre, um den unteren Schichten der Bevölkerung zu helfen, ~~die~~ sind glatt abgelehnt worden von allen Parteien, einschliesslich der Sozialdemokraten. Und das letzte Theater haben wir wieder vor einigen Tagen gehabt, wo Herr Wempe so tat, als wenn er für die Russenbürgschaften eintrete und in Wirklichkeit hatten sie zwei oder drei Mann abkommandiert, damit der Antrag nicht angenommen werden konnte. So wird Jesuiten-Politik gemacht. (Lachen rechts.) Und dass die Sozialdemokratie nicht den Landtag auflösen kann, ist auch verständlich, die würde noch mehr zusammengeprügelt. Es kommt nicht nur der zweite Mann zur KPD, sondern auch der erste Mann, und deshalb haben die Sozialdemokraten alle Ursache, zu verhindern, dass der Landtag aufgelöst wird.

Aber was wird denn nun geschehen, wenn irgendein anderes Ministe-

Landesbibliothek Oldenburg

Ministerium dahin gesetzt wird ? Die Krise des kapitalistischen Profitsystems wird verschärft werden. Und jetzt kommt wieder der Schwindel von den Sozialdemokraten, der Young-Plan, der wird gelockert für ein Jahr, die Tributlasten brauchen für dieses Jahr nicht gezahlt werden, und dann hätten wir wirklich den herrlichsten Sonnenschein über Deutschland, wie damals beim Dawesplan die Dollar-Sonne. Aber was wird in Wirklichkeit eintreten ? Die Krise des kapitalistischen Systems wird nicht beseitigt, auch nicht dadurch, dass für ein Jahr die Tributlasten nicht gezahlt werden brauchen. Die Krise des kapitalistischen Systems ist bereits soweit vorgeschritten, dass das ganze System in den Grundfesten erschüttert ist, nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern (Zuruf von rechts : Auch in Russland.) und besonders dort, wo das dritte Reich verwirklicht ist, wo Mussolini herrscht. Auch dort die gewaltige Wirtschaftskrise, die sie auch dort nicht lösen können mit den brutalen Diktaturgesetzen. Und deshalb soll nicht der Zentrumsminister Driver dort sitzen, der ist vielleicht zu zahm, der versteht es nicht gut, mit der Polizei umzugehen, deshalb soll einer von ihnen dort sitzen, der die Polizei loslässt auf die hungernden Demonstranten und Erwerbslosen. Aber alle die, die glauben, dass dadurch das System geändert wird, sind auf dem Holzwege. Das sind alles Vertreter des kapitalistischen Systems, vom Zentrum bis zu den Sozialdemokraten sogar; denn die Polizeipräsidenten haben bewiesen, dass sie ausserordentlich brutal gegen die Hungernden losgehen, gerade die sozialdemokraten Polizeipräsidenten, und sie arbeiten fein Hand in Hand mit dem Kapitalistenknecht Brüning. Und die Nationalsozialisten, das sind die aktivsten Stosstruppen des Kapitalismus, die organisiert sind, militärisch aufgezogen, und die die hungernden Massen niederhalten sollen, nicht durch Arbeit und Brot, nein, durch Mordwerkzeuge. Und nun steht es der Gesellschaft ganz gewiss schlecht an, hier über Unterdrückung des Volkes usw. zu reden. Wer wird denn unterdrückt, der Kapitalist ? Wird unser Antrag auf Einführung der Millionärsteuer wohl eingeführt von ihnen, von rechts und von den Sozialdemokraten ? Fällt ihnen garnicht ein. Ist unser An-

Landesbibliothek Oldenburg

Arbeitsbeschaffungsprogramm auch nur diskutiert worden von ihnen ? Herausgelaufen sind sie wie die Mamelucken . (Heiterkeit). Und auf dem Lande, jawohl, meine Herren, dort beginnt es auch allmählich zu dämmern. Auf dem Lande sehen die Leute auch ein, dass auch die Gesellschaft, die sie noch einmal gewählt haben, keine Taten vollbringen. Wenn wir mit 19 Mann hier sitzen würden, würden wir uns nicht so schmählich blamieren wie sie. Aber sie können nicht anders; sie stellen sich einmal auf den Boden der Verfassung, das andere Mal sagen sie, weg mit der Erfüllungspolitik; sie wollen revidieren, sagt Herr Röver, Verständigungspolitik sagt Herr Nutzhorn, was ist denn das, Verständigung mit den auswärtigen Kapitalisten, mit dem Halunken - Pack, welches uns das Fell über die Ohren zieht.

Und Herr Hartong, der Vertreter der Schwerindustrie, der sagt hier - ~~ja, was hat er denn gesagt~~ (Heiterkeit) - in vielen Punkten gehen wir gemeinsam mit den Nationalsozialisten. Er hat mit dafür gesorgt, dass der Präsident Eichler dort oben sitzt (Zuruf von links : Ihr ja auch.) und nachher kommen diese Herrschaften und schmeissen sich „Hanswurst, Dummer Junge" und „in die Fresse schlagen" vor. Das ist acht Tage nachher, da ist die Freundschaft in die Brüche gegangen, und die Volkspartei hat vielleicht schon wieder Anschluss beim Zentrum gefunden.

Aber das ist alles nur ein plumper Schwindel, um das Volk zu beschwindeln. Was haben sie gemacht ? Unser Antrag, die Notverordnung wird in Oldenburg nicht durchgeführt, ist abgelehnt. Sie haben sich aus der Klemme gezogen - hier sollten sie Farbe bekennen - sie ersuchen, die Staatsregierung, in Berlin zu erklären, die Notverordnung wird nicht durchgeführt. Wir sagen hier, stellt hier die Machtfrage, die Notverordnung wird in Oldenburg nicht durchgeführt, fertig, schwapp, erledigt. (Heiterkeit.) Wir bestimmen hier, was wir tun wollen. Aber da denken sie nicht daran. Sie wollen nach aussen hin viel Getöse machen und nun müssen sie hier den breiten Wählermassen vordemonstrieren, wie unfähig sie sind und dass sie garnicht den ernsten Willen haben und es auch nicht können, die Verhältnisse der notleidenden Bevölkerung zu ändernDas müssen Sie hier de-

Landesbibliothek Oldenburg

demonstrieren den Wählermassen auf Grund der Versprechen, die sie gemacht haben. Deshalb sagen wir noch einmal, das Parlament ist die vorgeschobene Kulisse, dahinter steht die kapitalistische Diktatur, und sie haben nun die Aufgabe, diese kapitalistische Diktatur durchzuführen mit allen Mitteln, ~~und~~ da müssen alle Hindernisse hinweg geräumt werden. Draussen auf den Strassen ~~spielt sich die Frage~~ fällt die Entscheidung ab und nicht in den Parlamenten. Draussen werden die Hungernden demonstrieren und dann werden wir ~~wieder~~ sehen, wie sie mit der kapitalistischen Polizei zusammen die Hungernden niederknüppeln. Sie werden zusammen mit den Kapitalisten an der Seite der Barrikade kämpfen und hier werden die Hungernden stehen, die die neue Wirtschaftsordnung wollen, die nicht verhungern wollen, sondern sich auflehnen auch gegen die Brüningsche Notverordnung, die heute dem armen Deubel das Letzte nimmt. ~~Und~~ deshalb werden sie hier nicht zu einer Lösung kommen, deshalb haben sie auch kein Recht hier zu sagen, ~~das passt uns nicht~~, die Regierung passt uns nicht, und das Zentrum hat Schuld und die Sozialdemokraten haben Schuld. Sie gehören alle in einen Topf, weil sie alle auf dem Boden des kapitalistischen Systems stehen, die eine Partei versteht es nur etwas besser als die andere, mit demagogischen Mitteln das Volk zu verdummen. Wir erklären immer offen, dass wir das parlamentarische System bekämpfen und nur als Tribüne gebrauchen, um zum Volke zu sprechen, von hier ~~aus~~ wollen wir dem Volke sagen, ~~wollen~~, was der Parlamentarismus bedeutet und dass von hier ~~aus~~ für das notleidende Volk keine Rettung kommt, sonst hätten sie irgendeinen Antrag hier durchführen können, um den Notleidenden zu helfen. Das fällt ihnen nicht ein. Sie haben ihre bestimmte Linie, daran sind sie gebunden, ~~und~~ etwas anderes kennen sie nicht. Deshalb sagen wir, unser Kampf ist ein anderer Kampf als der aller übrigen Parteien. Wir sagen offen, dass wir das kapitalistische System zerschlagen wollen, ~~und~~ deshalb kommen wir auch mit der Verfassung in Kollision, deshalb werden unsere Zeitungen verboten, unsere Redakteure eingesperrt. (Abg. Böhmcker ruft : Und Eure Sportfeste genehmigt.) von der kapitalistischen Klasse, weil sie fühlen, dass wir ihnen den Todes-

stoss

Landesbibliothek Oldenburg

stoss versetzen werden, aber nicht auf verfassungsmässigem und parlamentarischem Boden. Sie haben alles anerkannt, dass Sie hier die Verfassung sogar schützen werden und damit haben sie bekundet und klar ausgesprochen, dass sie dafür sorgen werden, dass alle verfassungswidrigen Aktionen draussen, die von der hungernden Masse durchgeführt werden müssen, weil sie nicht verhundern will, dass sie die niederschlagen wollen. Deshalb ist all ihr Tun draussen eitel Demagogie und Theater, nur Volks-Verdummung, weil sie nicht wissen wie sie herauskommen sollen aus dieser Krise, und daher bleibt uns, der kommunistischen Partei, die Rolle überlassen, die Führerin zu sein im revolutionären Befreiungskampf, dem Befreiungskampf in nationalem und sozialem Rahmen. Die nationale Befreiung kann erst durchgeführt werden, wenn wir die Kapitalistenklasse beseitigt und ein grosses militärisches Bündnis mit Sowjet-Russland geschlossen haben. Dann können wir auch abschütteln die Ketten des Versailler Vertrages, nicht eher. Sie stehen allein da als Deutschland, und wenn sie die Frage aufrollen wollen, keine Zahlung der Kriegstribute, fort mit dem Vertrag von Versailles, und die andern stellen ebenfalls die Machtfrage, dann sind sie hilflos. Aber wir haben den grossen, gewaltigen Bruder und die Kommunisten in allen Ländern, die ebenfalls mit uns auf derselben Seite stehen, und die ebenfalls den Standpunkt vertreten, Tribute gibt es nicht, keinen Pfennig. Aber deshalb bleibt uns das überlassen, nicht ihnen, weil sie auf dem Boden des kapitalistischen Systems stehen. Nur streiten sie sich darum, wer den Raubzug machen soll, und für uns als deutsche Arbeiter bedeutet das, dass wir für die ausländischen Kapitalisten schuften und hungern müssen. Bevor wir diese Frage nicht gelöst haben, werden wir aus dem Elend nicht herauskommen, und daher werden Sie alle in dem Endkampf auf der Seite der Kapitalisten stehen, die Ihnen die Rolle als ihre Beschützer zugewiesen haben.

Präs.: Das Wort hat Herr Abg. Ehlermann.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Ehlermann : Meine Herren ! Die Fraktionen und Politiker, die das Ministerium Cassebohm gestürzt haben, die haben nach der Auffassung weitester Volkskreise, auch in ihren eigenen Reihen, nicht bewiesen, dass sie „praktische Politik" zu leisten imstande sind . . . (Zuruf Abg. Herzog : Sie haben es 12 Jahre bewiesen, Herr Ehlermann.) . . . und deshalb kommt der Antrag auf Auflösung des Landtages. Ich muss allerdings sagen, die Herren hätten lieber schweigend Schluss machen sollen; denn die Erklärungen der Herren Röver und Osterloh haben sicher nicht den Beweis erbracht, dass man es hier mit Politikern zu tun hat. (Abg. Hobbie : Sie kommen sowieso nicht wieder rein.) Diesen Zuruf, Herr Hobbie, hat neulich Herr Herzog schon gemacht und, nachdem er bereits im „Freiheitskämpfer" gestanden hat, glauben Sie, ihn hier als neuen Witz zum besten geben zu können. (Heiterkeit.) Ich will Ihnen etwas sagen, mit Ihren Freunden zusammen im Landtage arbeiten zu müssen, ist ganz bestimmt kein Vergnügen; es ist eine Pflicht, der ich ausserordentlich gern enthoben sein würde.

Meine Herren, die Herren Nationalsozialisten werden lernen müssen, dass man einen Unterschied machen muss zwischen den Reden im „Lindenhof" und den Arbeiten im Landtag, und deshalb war es grundverkehrt, wenn Herr Röver die schon tausendmal gehaltenen Lindenhofreden in die Form einer parlamentarischen Erklärung presst. Wenn wir hören von einem Missbrauch des parlamentarisch-demokratischen Systems, so muss ich sagen, dass wir in diesen drei Wochen Landtagstagung lediglich von den Gegnern des parlamentarisch-demokratischen Systems einen Missbrauch dieses Systems erlebt haben, und wenn die Herren von Unfähigkeit sprechen, so hat allerdings die Unfähigkeit sich hier offenbart, allerdings nicht als Unfähigkeit des Parlamentarismus, sondern die Unfähigkeit von Menschen, die geglaubt haben, so einfach mit Spielerei Politik treiben zu können. Und wessen Unfähigkeit sich hier offenbart hat, meine Herren, Sie können überzeugt sein, dessen ist man sich in der Öffentlichkeit bewusst, sogar in den Reihen, die bisher hinter Ihnen gestanden haben.

Ganz besonders erstaunt bin ich über die Erklärung des Herrn Dr. Osterloh. Ich habe neulich auch bedauert, dass Herr Osterloh nich

Landesbibliothek Oldenburg

einige Tage später Vorschläge von Herrn Osterloh gehört, diese Vorschläge habe ich allerdings abgelehnt. (Abg. Osterloh : Vorher schon telephonisch abgelehnt.) Dann verstehe ich nicht, Herr Dr. Osterloh, weswegen Sie mich ein zweites Mal angerufen haben und mir da Ihre praktischen Vorschläge genannt haben. Diese Vorschläge habe ich abgelehnt, weil ich der Überzeugung war, dass sie keinerlei Verbesserung bedeuteten gegenüber dem Ministerium Cassebohm. Wenn Herr Dr. Osterloh meint, dass man zunächst in unverantwortlicherweise ein vom Vertrauen weitester Kreise der Bevölkerung getragenes Ministerium st rzen könnte, und dann mit reinsten Verlegenheitsvorschlägen kommt - ich will es Ihnen ersparen, die Vorschläge zu nennen - so will ich Ihnen noch einmal sagen, für reinste Verlegenheitsvorschläge werden Sie mich nicht gewinnen, dass dadurch ein Ministerium Cassebohm entfernt werden soll.

Aber, meine Herren, heute handelt es sich einfach um die Frage Auflösung des Landtages. Ich möchte noch einmal feststellen, es gibt zwei Wege, um seine politisch-parlamentarische Unfähigkeit zu vertuschen. Der eine Weg ist der Auszug aus dem Parlament und die Rückkehr zum Volke. (Heiterkeit). Den Weg haben die Nationalsozialisten im Reichstag gewählt. (Abg. Röver ruft : Ihr seid ja jetzt zu feige, wieder den Reichstag einzuberufen.) Der zweite Weg, um seine politische Unfähigkeit und Hilf=losigkeit zu verdecken, ist der Antrag, den Landtag aufzulösen. Ich mache diesen Weg nicht mit, sondern die Herren Nationalsozialisten werden lernen müssen, dass es in der Politik noch etwas anderes gibt als diese beiden Wege. Sie werden die ~~Forderungen~~ Folgen ihrer politischen Hilflosigkeit bis zum Ende auskosten müssen und in diesem Landtag wird man ihnen noch oftmals Gelegenheit geben müssen, dem Volke zu zeigen, ob sie sich auf den Boden politisch sach sachlicher Arbeit ~~zurückfinden oder darauf~~ begeben ~~finden~~ wollen, oder ob sie noch länger, wie in den letzten drei ~~Jahren~~ Jahren, einen völligen Missbrauch mit dem politisch-parlamentarischen System treiben wollen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Osterloh.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Dr. Osterloh : Meine Herren ! Nochmal zu Herrn Abg. Ehlermann. Wenn Herr Ehlermann hier erstaunt gewesen ist, dass ich Mitteilung gemacht habe von dieser Besprechung, dann muss ich sagen, dass ich in der letzten Sitzung ganz ausserordentlich erstaunt und entrüstet war, dass Herr Ehlermann gegen mich Stellung nahm, obwohl er wusste, wie sehr ich mich bemüht habe um die Bildung eines Ministeriums. (Abg. Ehlermann : Sie haben keine Vorschläge gemacht.) Ich will die Einzelheiten hier nicht darlegen, aber ich muss Herrn Ehlermann doch warnen, keine falschen Darstellungen zu geben. (Abg. Ehlermann widerspricht.)(Unruhe im ganzen Hause. Glocke des Präsidenten. Präs.: Ichbitte um Ruhe.) Sie haben, das stelle ich fest, einer hochgestellten Persönlichkeit gegenüber ~~davon~~ von unseren Vorschlägen Gebrauch gemacht, schon ~~davor~~ unserer letzten Besprechung und nicht hinterher, sondern Ihre Ablehnung stand von vornherein fest und zwar deshalb - und da gehen Sie im trauten Verein mit dem Herrn Kollegen Wempe - weil Sie den Zentrumsminister in diesem Kabinett belassen wollten. Es ist geradezu niedlich zu hören, dass das Ministerium Cassebohm immer wieder als reines Beamtenministerium bezeichnet wird. Meine Herren, Sie müssen uns schon zugute halten, dass wir einen Zentrumsmann nicht als parteipolitisch farblos anzusehen vermögen. (Abg. Wempe : Ein Deutschnationaler ist etwas anderes, was ?) Wenn wir einen Deutschnationalen im Ministerium haben, werden wir niemals die Behauptung aufstellen, dass er parteipolitisch unbeschrieben sei. (Abg. Burgert : Der kommt garnicht in die Verlegenheit.) Sie stellen, meine Herren, die ~~Hypo~~These auf, und auf diese ~~Hypo~~These antworte ich so. Es mag naturgemäss dem Zentrum daran liegen, im Ministerium vertreten zu sein, aber ein reines Beamtenministerium ist es dann nicht. Wir haben zwei Möglichkeiten gehabt, entweder ein reines Beamtenkabinett ~~und da erheben wir den Anspruch, entsprechend der Stärke~~ zu bilden oder ein politisches Kabinett, und da erheben wir den Anspruch, entsprechend der Stärke der nationalen Parteien darin vertreten zu sein. Der erste Weg ist gescheitert; der zweite Weg ist noch nicht beschritten. Ich habe nochmal erklärt, dass wir bereit sind, dieses politische Kabinett zu bilden und dass wir der nationalsozialistischen Fraktion den Vortritt las-

Landesbibliothek Oldenburg

6/24

lassen wollen. Sie, meine Herren, haben das heute dadurch abgeschnitten, dass Sie die Vertagung der Sitzung abgelehnt haben. Wir sind gern bereit, Ihnen entgegenzukommen und diesen Antrag noch einmal einzubringen. Geben Sie uns Gelegenheit, Vorschläge zu machen, und geben Sie uns weiter Gelegenheit, eine solche Regierung auf die Beine zu stellen. Dass Herr Müller in dieser Regierung nicht vertreten sein wird, das sollten Sie auch schon wissen, Herr Ehlermann, und mit derartig schlechten Witzen hier Politik zu machen, sollte Ihnen schlecht anstehen. (Abg. Ehlermann : Herr Müller würde es auch nicht schlechter machen als die beiden andern.) (Grosse Unruhe im ganzen Hause.)

Es ist dann, meine Herren, hier darauf hingewiesen worden, dass ich jetzt wohl einem gelinden Druck oder einem starken Druck des Stahlhelms folgend meinen Vorschlag mache. Nein, meine Herren, diesen Weg habe ich schon verfolgt, als wir vor 8 Tagen noch hier im Hause zusammen waren. Wenn der Stahlhelm heute dieselbe Auffassung von den Dingen hat, dann ist das für mich sehr schmeichelhaft; es ist andererseits aber selbstverständlich, weil die Auffassung des Stahlhelms und meine Auffassung dieselbe ist. (Andauernde Unruhe.)

Präs.: Das Wort hat Herr Abg.Dr. gr.-Beilage.

6/25

Abg. Dr. gr.-Beilage : Meine Herren ! Ich will es mir versagen, auf ~~die~~ die Ausführungen, die ~~hier~~ von rein ~~politischen~~ parteipolitischem Standpunkte aus gemacht wurden,

letzte Sitzung! Auflösung des Landtages betr.

einzugehen. Ich verzichte deshalb auf das Wort. (Andauernde Unruhe im ganzen Hause. Glocke des Präsidenten.)

Präs.: Ich bitte um Ruhe. Das Wort hat Herr Abg. Böhmcker.

ZWISCHENSTÜCK FEHLT, SIEHE LISTE

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Fick : Meine Herren ! Ich will nur kurz richtig stellen, was Herr Rechtsanwalt Abg. Böhmcker hier von Ahrensboek sagte, (Zwischenruf Abg. Lahmann : Ist das denn ein Rechtsanwalt ?) dass dort ein Führer des Reichsbanners bei einer Bannerweihe des Reichsbanners von der Notverordnung gesprochen habe. Ich möchte zunächst feststellen, dass Ihr Berichterstatter nicht richtig informiert gewesen ist; es ist kein Reichsbannertreffen, sondern ein Landarbeitertreffen gewesen, und dort hat nur ein Referent gesagt, wenn die Überfälle auf Frauen und Kinder, die am Sonnabend in Rensefeld von seiten der Nationalsozialisten stattgefunden haben . . . (Zwischenrufe von rechts) . . . Halten Sie den Mund, wenn ich rede; Sie sind immer der Anführer der Mordgesellen im Landesteil. (Abg. Böhmcker ruft : Gott sei Dank.) Ich selbst war Zeuge des Überfalls auf den Abg. Broschko in Eutin. Ich habe selbst gesehen, wie sie den Mann haben niederknüppeln lassen. - Wir haben dann leider am Sonnabend in Rensefeld feststellen müssen, dass Kinder, die von einem Schulfest kamen, mit ihren schwarz-rot-goldenen Fähnchen, überfallen worden sind von Nationalsozialisten. Das ist leider die Wahrheit. Wenn Sie nicht die Worte geprägt hätten, diese Wahrheit, die Ihnen hier nachgewiesen wird, stimmt nicht, dann wäre ich nicht darauf zurückgekommen. Das ist eine Wahrheit, die beschwört wird. (Zurufe von rechts.) Wenn Sie ein Schwindler sind, lassen Sie sich das Patent dafür ausstellen, ich habe noch nicht nötig gehabt zu schwindeln. Ich bedauere, dass solche Worte hier im Parlament fallen müssen.

Ich hätte dies nicht gesagt, wenn nicht einfach die Wortverdrehungen von seiten des Herrn Kollegen Böhmcker gemacht worden wären. Es ist nicht von der Notverordnung gesprochen worden, wie Sie gesagt haben. Deshalb soll man mit der Wahrheit vorsichtig umgehen, und nicht einfach hier Behauptungen aufstellen. Das können Sie Ihrem Berichterstatter ruhig sagen, dass er Ihnen die Unwahrheit gesagt hat. Wir sind durch Dörfer marschiert, und es ist von keiner Seite provoziert worden. Die hundert Menschen sind ruhig und sachlich ihren Weg gegangen und nichts ist gesagt worden, wogegen wir bei Ihren Aufzügen immer

beob-

Landesbibliothek Oldenburg

beobachten können, dass provoziert wird, in Stockelsdorf, Rensefeld. Und das ist das Bedauerliche, dass immer Leute von vornherein darauf ausgehen, die Massen zu provozieren. Sie werden doch nicht sagen können, dass es zweckmässig ist, dass immer im Chor von den Wagen heruntergerufen wird, Sozialdemokraten verreckt, Lumpen, Banditen. Ich selbst bin Zeuge gewesen und beschimpft worden von Ihren Leuten, wo Sie zwei Schritt vorher mit dem Motorrad wegfuhren und ich in der unflätigsten Weise beschimpft worden bin, wo ich nichts gesagt habe. (Abg. Böhmcker : Warum melden Sie mir das nicht mal ?) (Lachen links.) Wenn ich der Führer bin, habe ich doch darauf zu achten, dass die Leute sich so betragen, wie sich das gehört. Ich würde das aufs schärfste verurteilen, wenn die Leute einen angreifen, der sich irgendwo hinstellt. An und für sich soll man nicht so blödsinnig sein und sich hinstellen, wenn man Ihre Leute sieht, und weiss, dass sie nicht sicher und anständig genug sind (Lachen rechts.) Meine Herren, Sie können hier wohl lachen, die Gegensätze sind bei uns schärfer als bei Ihnen. Ich konstatiere hier, dass wir den offenen Bürgerkrieg im Landesteil Lübeck haben, und wenn das nicht bald aufhört, die Tausenden von Arbeitern, die wir haben, werden in Zukunft eine furchtbare Vergeltung üben, und wir wünschen deshalb, dass das nicht geschieht und ausgeführt wird. (Zwischenruf rechts : Aha, Einleitung zum Bürgerkrieg.) Das lassen wir uns nicht gefallen, dass sie uns einfach niederknüppeln. Wir sind keine Freunde davon, und ich kann Ihnen beweisen, dass wir uns überall mit aller Energie dafür eingesetzt haben, dass friedlich nebeneinander gearbeitet wird. Wenn das nicht geschieht, werden diejenigen die Verantwortung tragen, die provoziert haben.

Präs.: Das Wort hat Herr Abg. Böhmcker.

ZWISCHENSTÜCK FEHLT, SIEHE LISTE

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Brodek : Meine Herren ! Ich glaube, Herr Abg- Böhmcker will sich als Professor ausbilden. Er hat Herrn Abg. Ehlermann den Namen eines Oberlehrers gegeben und er wolle Professor sein, und er sagte Herrn Fick, er möchte sich nicht zum Wort melden. Ich hätte mich auch nicht zum Wort gemeldet, aber Herr Röver hat in der Erklärung das Reichsbanner mit Mordgesellen bezeichnet. Herr Röver, ich will Ihnen was sagen, glauben Sie doch nicht, dass es auf die Dauer tragbar ist, sich so beschimpfen zu lassen, glauben Sie nicht, dass irgendeiner von uns mehr zu verlieren hat als sein leben, und glauben Sie nicht, dass wir schlechter kämpfen werden als Sie. Ich will Ihnen was sagen, wenn es so weitergeht, Sie säen Wind und werden den Sturm ernten. Und wenn Herr Böhmcker sagt, eine Diktatur kommt, mag sie von den Nationalsozialisten oder von den Kommunisten kommen, so möchte ich ihnen sagen, wir wollen warten was uns angenehmer ist, weiss ich noch nicht, wie die Verhältnisse sich auswirken, weiss ich nicht, aber das eine weiss ich, dass die Arbeiterschaft in gegebener Stunde ihre Pflicht tun wird. Denn sehen Sie mal, ungehörig ist es, wenn Sie in den Ausschüssen sagen, sie sind Luft, sie gehören an die Wand gestellt zu werden, ihnen müssen die Köpfe abgehauen werden. Das ist die Erzeugung der Stimmung, an die sie später glauben werden. Ich will Ihnen eins sagen, die breiten Massen, die hungernden Massen haben nichts zu verlieren. Aber in Ihren Kreisen sitzen Leute, die sehr viel zu verlieren haben. (Abg. Reich ruft: Sie auch.) Ich will Ihnen was sagen, Herr Reich, bestimmt nicht soviel wie Sie. (Zuruf von rechts : So sehen Sie aus.) Sie haben überhaupt noch nie bewiesen, dass Sie in irgendeiner Form etwas geleistet haben. (Abg. Herzog : Ihr aber.) Ich will Ihnen sagen, Sie müssen erst beweisen, Herr Herzog, dass sie tatsächlich in irgendeiner Form etwas geleistet haben; denn was Sie bisher getan haben, das war garnichts. (Abg. Herzog : Erzählen Sie doch, was Sie geleistet haben.) Ich bin nicht gezwungen, meinen Lebenslauf zu schildern. Sie haben eine Klappe so gross, und wenn es darauf ankommt, da können Sie ganz beruhigt sein, da sind Sie sehr ruhig. Und ich will Ihnen sagen - das ist meine persönliche Auffassung - bedanken Sie sich bei dem Parteivorstand der sozi-

Landesbibliothek Oldenburg

sozialdemokratischen Partei, dass der erlaubt, dass Sie noch ein solches Wort führen können; denn in dem Moment, wo unser Parteivorstand aufruft, werden wir Ihnen zeigen, wie wir mit Ihnen Schlitten fahren. Ich will Ihnen beweisen, Ihre Einstellung zu dem Minister Driver ist verkehrt. Wenn Minister Driver Ihnen in Brake nicht die Polizei gestellt hätte, die Braker Arbeiterschaft hätte Sie aus dem Felde geschlagen. (Unruhe rechts. Abg. Herzog : Dann hätten die uns angegriffen.) Aus dem einfachen Grunde, weil wir nicht gewillt sind, uns dauernd als Mörder bezeichnen zu lassen. (Abg. Reich : Sie lassen sich ja nirgends sehen.) Herr Reich macht mir den Vorwurf, ich lasse mich nicht sehen, Herr Reich, dann müssen Sie die Zeitungen nicht verfolgt haben und die ganze Wahlbewegung nicht verfolgt haben. Dass ich mich in Brake nicht in öffentlichen Versammlungen hinstelle, wenn ich keine Zeit habe, ist richtig - ich habe neben dem noch etwas anderes zu tun - aber Sie können versichert sein, bisher bin ich noch keinem aus dem Wege gegangen. Ich sage mir, du hast deine Pflicht zu tun. Provozieren lassen wir uns nicht, aber wenn z.B. Herr Herzog in den öffentlichen Versammlungen denselben Ton anschlägt wie hier, dann ist das sehr gefährlich, und wenn sich dann die organisierte Arbeiterschaft dagegen wendet, ist das verständlich. Sie müssen sich nicht einbilden, dass Sie allein Arme und Fäuste haben, und dass die andern Würste haben. (Abg. Herzog : Das ist ein alter Witz von Ihnen, Herr Brodek.) Sie haben noch keinen vernünftigen Witz gemacht. (Abg. Burgert : Ein richtiger Papagei.) Und ich will Ihnen sagen, wenn Sie sich nicht eines andern Tones bedienen wollen, werden Sie sehen, wie die Verhältnisse für den Kommunismus arbeiten. Sie sind diejenigen, die den Kommunisten die Massen zutreiben, und wenn Sie den Zusammenbruch haben, können Sie sicher sein, sie gehen nicht zurück zur deutschnationalen Volkspartei, sie gehen zu den Kommunisten, und Sie sind diejenigen, ~~die nachher~~ die nachher bei Ihnen sich den Dank dafür holen können. (Abg. Herzog : Also nicht zu Ihnen, ein Eingeständnis.) (Abg. Burgert ruft : Ihr helft Euch gegenseitig aus.) (Glocke des Präsidenten. Präs.: Herr Herzog, ich bitte, die Zurufe zu unterlassen.) Es sind wildgewordene Spiesser, Herr Lahmann, Sie haben recht.

Kurz

Landesbibliothek Oldenburg

6137

Kurz und gut, Herr Böhmcker , Sie haben keine Veranlassung, sich über das Reichsbanner zu beklagen. Ich will nur kurz feststellen, dass sie im Ausschuss - das sage ich nicht persönlich zu Ihnen - Ihre Leute dauernd erklärt haben, die Sozialdemokraten gehörten an die Wand gestellt zu werden, es gehörte, dass man sie gleich aufhängt. Wenn man so etwas sagt, braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie sich wehren. (Abg. Kaper : Das hat Herr Röver schon zehnmal im Landtag erklärt, öffentlich.)

Pres.: Das Wort hat Herr Abg. Fick.

6138

Abg. Fick : Wenn Herr Böhmcker glaubt, dass ich Ursache habe, die Worte des Staatsanwalts zu scheuen im Parlament, so sage ich Ihnen nur, der Herr ist auch von der Akademie gekommen, und man weiss doch, wie sehr die Akademien von Nationalsozialisten durchsetzt sind. Wenn er behauptet z.B., dass ich ~~nicht~~ kein klassischer belesen wäre, weil ich gesagt der Täter trug eine Lederjacke gesagt habe anstatt Reitjacke . . . (Zwischenruf von links : Du hast kein Examen gemacht.) . . . Ick hev bi Claas Aben~~s~~taken in Holtpantuffeln to School gahn. Da habe ich leider nicht die Bildung genossen, und daraus lasse ich mir keinen Vorwurf machen,

Aber ich habe nur das zurückgewiesen, dass Sie einfach eine Wortverdrehung machen wollen von dem, was an dem Sonntag gewesen ist. Es ist von der Notverordnung gesprochen, nämlich insofern, wenn die Zustände so weiter gehen wie am Sonnabend, dass man sich dann die Notverordnung selber schaffen würde. So ist das gesagt worden, und das Recht können Sie einem Redner nicht abstreiten. Aber im übrigen betone ich nochmals, ich halte sie für verantwortlich für die Zustände im Landesteil Lübeck. Das kann nicht soweit kommen, dass ein Führer das von vornherein ~~mitmacht~~, dass er sagt, dass da, wo ausgerechnet? Nationalsozialisten wohnen, würde von den Wagen und aus dem Zuge herausgerufen "Pöbel", wie es von ihren Leuten in den Arbeitervierteln geschehen ist. Solange das nicht anders wird, werden sie damit rechnen müssen, dass Gegenmassnahmen von seiten der Arbeiterschaft auftreten, und ich bedauere das im Interesse des Volksganzen.

Landesbibliothek Oldenburg

Präs.: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schliesse die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich mache darauf aufmerksam, dass der Antrag, wenn er durchgehen soll, 32 Stimmen haben muss. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag Böhmcker annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben (geschieht) 27 Stimmen. Der Antrag ist danach abgelehnt. Damit wäre die Tagesordnung erledigt. (Zurufe : 25 Stimmen sind es nur.) 25 Stimmen, jawohl.

Meine Herren ! Wir sind am Schluss unserer Tagesordnung angekommen und somit auch am Schluss unserer Tagung. Ich vertage den Landtag auf unbestimmte Zeit. Ich schliesse die Sitzung.

- Schluss : 11.45 h -

LANDES BIBLIOTHEK OLDENBURG

Landesbibliothek Oldenburg